

Initiativantrag 1 an den Landesparteitag der WASG am 18./19. Juni 05

Der Landesparteitag beschließt:

Der LV Berlin akzeptiert die Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene zur Bundestagswahl 2005. Nach den öffentlichen Diskussionen und nichtöffentlichen Verhandlungen der letzten Wochen besteht keine andere realistische Möglichkeit mehr, um eine Opposition gegen die herrschende neoliberale Politik im Bundestag deutlich zu machen. Erwartungen und Hoffnungen von größeren Gruppen von Wählerinnen und Bürgern sind an dieses Projekt geknüpft.

Der LV lehnt die Art und Weise ab, wie diese Zusammenarbeit in Verhandlungen »auf höchster Ebene« zustande kam. Herausgekommen ist eine Unterordnung der WASG unter die PDS. Der LV fordert, daß die weiteren Schritte (Entscheidungen über Kandidaturen auf den offenen Listen, Finanzen und das Wahlprogramm) in den Basisgliederungen der WASG diskutiert werden können und diese Willensbildung in den Verhandlungen mit der PDS zur Geltung gebracht wird.

Die Politik der PDS - nicht nur in Berlin - ist uns ein Beleg für die notwendige Eigenständigkeit einer linken Wahlalternative - nicht nur in Berlin! Aus diesem Grund nehmen wir uns auch im Wahlkampf für ein gemeinsames Linksbündnis die Freiheit der Kritik an der unsozialen Politik des SPD-PDS-Senats. Um die Eigenständigkeit der Berliner WASG zu erhalten, um politisches Profil zu gewinnen und die Option für eine Kandidatur der Berliner WASG zur Abgeordnetenhauswahl 2006 offen zu halten, müssen wir schon jetzt - zur vorgezogenen Bundestagswahl - neoliberale und unsoziale Politik auf allen Ebenen kritisieren und bekämpfen: im Bund, auf Länderebene, in den Bezirken.

Aus diesem Grund beauftragt der Landesparteitag den Landesvorstand und das zu bildende Wahlkampfteam mit der Erstellung von eigenem Wahlkampfmaterial, das die obigen Prämissen zum Ausdruck bringt. Dieses Material thematisiert u.a.

- ◆ - Keine Verlängerung der Arbeitszeit bundesweit - aber auch nicht im öffentlichen Dienst in Berlin
- ◆ - Erhalt der Flächentarifverträge bundesweit - aber auch Rückkehr des Berliner Senats in den Kommunalen Arbeitgeberverband
- ◆ - Kampf gegen Hartz I bis IV - aber auch Widerstand gegen die Umsetzung der "Agenda 2010"-Politik auf Landesebene
- ◆ - Keine Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen im Bund und in den Ländern und Kommunen - auch nicht in Berlin

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand und das zu bildende Wahlkampfteam, gemeinsame Wahlveranstaltungen von PDS und WASG im obigen Sinne zu nutzen und dort unsere Kritik am Berliner Senat zum Ausdruck zu bringen.

Sollen die Chancen, die mit der Neugründung der WASG verbunden sind, nicht verspielt werden, kann über einen organisatorischen Anschluß an die PDS erst in der Diskussion nach der Bundestagswahl und nach der Entwicklung arbeitsfähiger und handlungsfähiger demokratischer Strukturen in der WASG entschieden werden.

**Begründung:**

Die Entscheidung über ein Wahlbündnis kann nicht aus rein innerorganisatorischen Gründen getroffen werden. Die WASG wurde gegründet, um den sozialen Bewegungen und dem Widerstand gegen den Neoliberalismus wieder eine parlamentarische Stimme zu geben. Dieser Gründungskonsens schloß von Anfang an vielfältige Kritik an der PDS ein, eine Kooperation mit ihr aber nicht prinzipiell aus. Die Frage blieb offen.

Die anfängliche Perspektive eines eigenständigen Wahlantritts erst 2006 schien oberflächlich betrachtet eine "PDS-Diskussion" überflüssig zu machen. Welch ein Irrtum, nun trifft die Wahlbündnisfrage die WASG unvorbereitet und – leider – auch ohne eine gefestigte Kultur solidarischen Streitens.

Heute prägen unterschiedliche Erwartungen an den Einzug einer linken Wahlalternative aus PDS und WASG die öffentliche Diskussion. Attraktiv macht uns nicht zuletzt die Aussicht auf einen Wahlerfolg. Wenn wir auch im letzten Jahr gelernt haben sollten, mit Meinungsumfragen und der veröffentlichten Meinung vorsichtig umzugehen: dieser Bundestagswahlkampf wird in höherem Maß von unseren Fragen bestimmt werden. An uns ist es, auch unsere Antworten hörbar zu machen.

Dazu gibt es in einem öffentlich wahrgenommenen Wahlkampf viele Möglichkeiten. Zugleich kann das Ergebnis der WASG-PDS-Verhandlungen auf höchster Ebene nicht beschönigt werden: Die WASG tritt nicht zur Wahl an, nur einzelne Mitglieder werden von der PDS auf ihre Listen gesetzt. Von Bündnis, einem Bündnis auf gleicher Augenhöhe gar keine Spur, statt dessen wird der Anschluß der WASG an den PDS-Wahlkampf geplant. Die gefährlichen Folgen der PDS-Regierungspolitik (Ausscheiden aus dem Tarifvertrag im ÖD, mit Arbeitszeitverlängerungen für einzelnen Beschäftigtengruppen und Entlassungsdrohungen erpresste Lohn- und Gehaltskürzungen, Umsetzung der Hartz-Gesetze auf Landesebene, Privatisierungen öffentlichen Eigentums) und die entsprechenden parlamentarischen Begleiterscheinungen (die Entschuldigung beim amerikanischen Präsidenten für ein Transparent: "We don't want your wars, Mr. Bush.") kamen nicht zur Sprache. Dabei kann man doch schon an der PDS-Diskussion in der WASG sehen, daß aktuell-politische Fragen sich nicht folgenlos verdrängen lassen.

Eine Entscheidung für einen gemeinsamen Bundestagswahlkampf geht über den Gründungskonsens der WASG hinaus und muß in Anbetracht der gesellschaftlichen Situation von uns heute getroffen werden.

Die SPD hat seit ihrem Regierungsantritt die Lebensgrundlagen weiter Teile ihrer Wählerschaft demontiert und ist damit strukturell mehrheitsunfähig geworden. Sie hat sich als Verwalter eines Zustands angeboten und überflüssig gemacht, der durch vier Punkte charakterisiert ist:

- I. eine massive Verschärfung des wirtschaftlichen Konkurrenzdrucks für Unternehmen und abhängig Beschäftigte seit den frühen 90er Jahren, gerade auch innerhalb Europas,
- II. den Anschluß und die Deindustrialisierung der DDR,
- III. die soziale Isolation der Migranten und
- IV. die neuen weltpolitischen Freiheiten und Bedeutung der Bundesrepublik.

Die Regierungspolitik der SPD war nur möglich aufgrund massiver Niederlagen der

Linken innerhalb und außerhalb der Sozialdemokratie. Die Linke hat es an keiner Stelle vermocht, den alten und neuen Spaltungslinien unter den abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen eine realistische Politik entgegenzusetzen. In dieser Situation war es der Regierung möglich, mit der Agenda 2010, den Hartz-Gesetzen und den Drohungen gegen die Tarifautonomie die Grundlagen des sozial-staatlichen Klassenkompromisses offensiv in Frage zu Stellen und schrittweise abzubauen.

Die Gründung der WASG war der Versuch, der Herausforderung durch diese Politik auf parteipolitischer Ebene zu begegnen. Dieser Versuch war mit erheblichen Illusionen verbunden, da dem sozialpolitischen »roll back« allein im Parlament nicht zu begegnen sein wird. Es war immer möglich, daß das Projekt einer »neuen Linkspartei WASG« scheitert. Aber:

- ◆ " Die WASG hat eine Existenzberechtigung, wenn sie deutlich links von SPD und PDS steht – was sich bei letztgenannter vor allem auf ihre politische Praxis, nicht auf ihre guten Absichten bezieht. »Links« heißt, einen Beitrag zur Selbstbefreiung der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen zu leisten. Die WASG wird scheitern, wenn sie als ein »noch etwas kleineres Übel« zur Wahl anbietet.
- ◆ " Die WASG hat eine Existenzberechtigung, wenn sie eine Partei ihrer Mitglieder ist und wenn ihre Politik lokal diskutiert, umgesetzt und verantwortet wird. Dann, wenn sie sich Zeit für die Entwicklung ihrer Positionen nimmt und die Programmstellung als Chance ergreift, durch diesen Prozess die Kompetenzen ihrer Mitglieder zu bündeln, das theoretische Niveau zu erhöhen, inhaltliche Gemeinsamkeiten zu erarbeiten und begreifbar zu machen. Die WASG ist blockiert, wenn sie den, in allen etablierten Parteien feststellbaren, faktischen Ausschluss der Mitglieder aus der inhaltlichen Positionsbestimmung wiederholt.
- ◆ " Die WASG hat eine Existenzberechtigung, wenn sie eine andere Kultur menschlichen Umgangs nicht nur politisch herbeiführen will, sondern in ihren Reihen entwickelt. Eine Fortsetzung der Machtspiele und der alltäglichen Konkurrenz macht sie überflüssig.

Eine Zusammenarbeit mit der PDS im Bundestagswahlkampf kann die Hausaufgaben der WASG nicht lösen. Das bleibt unsere Aufgabe, die wir an keine Vorstände, Verhandlungskommissionen oder Bundestagsabgeordnete wegdelegieren können. Im Gegenteil, denn die inneren Probleme der WASG werden deutlich verschärft. Im Gegenteil, denn auch die Vorstände oder Abgeordneten sind ohnmächtig, wenn sie sich nicht auf eine lebendige und streitbare linke Partei stützen können.

So wichtig eine Wahlalternative bei den Bundestagswahlen ist, und so unverantwortlich es wäre, die Möglichkeit einer breiten alternativen sozialliberalen Bundestagsfraktion zu verspielen, die Möglichkeiten der WASG erschöpfen sich nicht darin.